

Von: [Steinke Kersten](#)
An: [Reiner Heyse](#)
Thema: AW: RENTENPOLITIK-WATCH bittet um Antwort
Datum: Dienstag, 26. April 2016 11:24:43
Anlagen:

Sehr geehrte Frau Harms, sehr geehrter Herr Triebe, sehr geehrter Herr Teufel,
Ihre fünf Fragen möchte ich wie folgt beantworten:

1. **Lebensstandard im Alter sichern:** Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die gesetzliche Rentenversicherung wieder das ursprüngliche Ziel bekommt, den Lebensstandard im Alter zu sichern und dazu das Rentenniveau auf einen Stand anzuheben, wie er vor 1990 erreicht war?

Ja, unbedingt! Vor allem die Rentenreformen unter der rot-grünen Bundesregierung haben dazu geführt, dass sich das Rentenniveau – also das Verhältnis der Standardrente zum Durchschnittsentgelt – im freien Fall befindet. Im Vergleich zur Jahrtausendwende wird es bis 2030 um fast 20 Prozent sinken.

DIE LINKE fordert, sämtliche Kürzungen aus der Rentenanpassungsformel zu streichen und ein Sicherungsniveau von mindestens 53 Prozent gesetzlich festzuschreiben. Dies entspricht in etwa der Höhe der Jahrzehnte vor den Kürzungsreformen. Gleichzeitig müssen die Arbeitgeber wieder paritätisch an den Kosten der Alterssicherung beteiligt werden.

2. **Altersarmut verhindern:** Werden Sie sich dafür einsetzen, dass der Staat wirksame Maßnahmen ergreift, die Altersarmut verhindern?

Ja! Neben der deutlichen Anhebung des Rentenniveaus wollen wir dafür sorgen, dass prekäre Beschäftigung wie Leiharbeit, der Missbrauch von Werkverträgen und befristete Beschäftigungsverhältnisse eingedämmt werden. Zeiten niedriger Löhne, der Erwerbslosigkeit, Kindererziehung und Pflege müssen deutlich besser abgesichert werden. Für einen Ruhestand in Würde und für soziale Teilhabe fordern wir zudem einen Mindeststandard in der gesetzlichen Rente.

3. **Erwerbstätigenversicherung:** Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die verschiedenen gesetzlichen Altersversorgungssysteme zu einer solidarischen Rentenversicherung zusammengefasst werden, in die alle Erwerbstätigen einzahlen?

Ja! Alle Erwerbseinkommen müssen in die Rentenversicherung eingehen – auch die von Selbständigen, Beamtinnen und Beamten, Politikerinnen und Politikern. Selbstständige dürfen nicht aus den gesetzlichen Sicherungssystemen ausgeschlossen werden. Sie müssen zu akzeptablen Bedingungen Zugang zu allen Leistungen der sozialen Sicherungssysteme haben. Gleichzeitig dürfen sich Selbstständige nicht der über die Sozialversicherungen organisierten Solidarität entziehen.

4. **Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung stärken:** Werden Sie sich dafür einsetzen, die finanzielle Basis der gesetzlichen Rentenversicherung zu stärken, indem z.B. sämtliche nicht beitragsgedeckte Leistungen aus Steuermitteln kompensiert werden

und Förderungsbeträge zur privaten Rentenversicherung zukünftig zur Finanzierung der GRV umgeleitet werden?

Ja. DIE LINKE tritt für eine transparente und sachgerechte Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung ein. Weil das Rentenpaket, wie etwa die sogenannte "Mütterrente", ganz überwiegend aus Beiträgen und nicht aus Steuermitteln finanziert wird, werden die Beitragssätze bis zum Jahr 2030 deutlich stärker ansteigen als bisher vorgesehen. Steigende Beitragssätze mindern über die Rentenanpassungsformel die jährlichen Rentenerhöhungen. Etwa ein Drittel der Kosten des Rentenpakets bezahlen alle Rentnerinnen und Rentner dadurch selbst. Zudem ist die Beitragsbemessungsgrenze deutlich anzuheben und perspektivisch aufzuheben und die Rentenhöhe bei hohen Renten abzuflachen.

5. **Rentenpolitische Fehler korrigieren:** Werden Sie sich dafür einsetzen, fehlerhafte rentenpolitische Entscheidungen zu korrigieren, insbesondere: Riester-Rente, nachgelagerte Besteuerung (z.B. durch höhere Freibeträge), doppelte bzw. nachträgliche Verbeitragung in die Kranken-/ Pflegeversicherung, Privatisierung der Berufsunfähigkeitsrente, Zwangsverrentung von Hartz-IV-Empfängern, die immer noch nicht erfolgte Gleichstellung von Ost- mit West-Renten?

Ja! DIE LINKE im Bundestag war nicht nur die erste Fraktion, die gefordert hat, die Zwangsverrentung abzuschaffen, sondern sie hat als einzige Fraktion bereits 2012 einen eigenen Vorschlag vorgelegt, wie auf freiwilliger Basis die eingezahlten Beiträge der Riester-Rente in die sichere gesetzliche Rentenversicherung überführt werden sollen.

Zur Abschaffung der doppelten Verbeitragung hat DIE LINKE im vergangenen Jahr einen entsprechenden Antrag eingebracht. Die doppelte Verbeitragung von Betriebsrenten ist nichts anderes als eine kalte Enteignung der Betroffenen und deshalb zutiefst ungerecht. Sie gehört abgeschafft.

Auch die Angleichung der Rentenwerte in Ost und West wird von der LINKEN seit Langem gefordert.

Mit freundlichen Grüßen

Kersten Steinke

DIE LINKE.

Petitionsausschussvorsitzende

Von: Reiner Heyse [mailto:reiner.heyse@t-online.de]

Gesendet: Montag, 11. April 2016 10:31

An: Steinke Kersten <kersten.steinke@bundestag.de>

Betreff: RENTENPOLITIK-WATCH bittet um Antwort

Frau Kersten Steinke
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Betrifft: Bitte um Auskunft über Ihre rentenpolitischen Ziele

Sehr geehrte Frau Steinke,

Sie sind Abgeordnete des Bundestages bzw. kandidieren zur Bundestagswahl im Herbst 2017.

Ein immer dringender werdendes Problem, das bundespolitisch zu lösen ist, wird die Abwehr von millionenfacher Altersarmut bzw. die Verhinderung der Lebensstandardsenkung für alle heutigen und